

Biber-Erlebnisweg Reiat Tourismus plant einen Biber-Erlebnisweg entlang der Biber in Thayngen. **Reiat Seite 18**

Einsatz Mit Muskelkraft und Engagement entholzten Lions-Club-Mitglieder die Hänge bei der Ruine Neuburg. **Stein Seite 19**

Gestern im Rat

Vorsitz Richard Bühler (SP, Thayngen)

► Das Parlament hat die Detailberatung des Entlastungsprogramms **ESH3** in Erster Lesung abgeschlossen.

► Die Petition **«Rückweisung der ESH3-Vorlage»** wird mit 38 zu 0 Stimmen abgelehnt.

► Der Rat heisst die **Entlastungsmassnahmen im Eigenbereich des Kantonsrats** (ESH3-Massnahmen) mit 31 zu 21 Stimmen gut.

► Der Rat beginnt mit der Ersten Lesung des **Pensionskassengesetzes**.

Sätze zur Situation

Markus Müller

(zur SP): «Was wir machen, ist konstruktive Politik, was Sie machen, ist Parteipolitik und Polemik.»

Jürg Tanner

«Unsere Regierung ist nicht besonders demokratisch eingestellt.»

Werner Bächtold

«Ich widerspreche äusserst selten und ungern dem Staatsschreiber. Was er aber gesagt hat, ist falsch.»

Iren Eichenberger

«Wer bei Schönwetter die Hosen kurz und kürzer schneidet, steht bei Schlechtwetter mit abgesägten Hosen da.»

Urs Capaul

«Ich könnte jetzt einen früheren US-Präsidenten zitieren: «Where's the meat?»»

Nochmals Markus Müller

«Es gibt ein paar heilige Kühe im Kanton: den Abstimmungszwang, die lächerlichen Bussen dafür und die Fahrzeugsteuer.»

Thomas Hurter

«Ich bin überrascht über die Hüftschüsse in diesem Parlament.»

Christian Heydecker

«Wenn Sie eine hoffnungslose Abstimmung machen wollen, dann machen Sie eine Abstimmung über die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern.»

Heinz Rether

«EHS3? ESH3? ... Wie auch immer: Ich spreche schon vom Sparen.»

Und wieder Markus Müller

«Der Beschluss damals zur Erhöhung der Zahl der Sitzungsgelder war ein Unfall.»

Jürg Tanner zum Zweiten

«Wir von der SP vertrinken die Sitzungsgelder nicht, und wir machen auch keine Reisli damit.»

Jürg Tanner zum Dritten

«Einige Parteien haben Geld, und die SVP hat brutal viel Geld.»

Martin Kessler

«Klar ist, dass dieser Kelch nicht an uns vorübergehen wird. Wir müssen daran nippen und uns diesen sauren Trank zu Gemüte führen.»

Werner Bächtold zum Zweiten

«Wir auf der linken Seite des Parlaments sind die armen Schlucker.»

Florian Keller

«Wir haben uns wegen dieser Bemerkung, man dürfe Sitzungsgelder nicht für Abstimmungskämpfe gebrauchen, in Geiselhaft genommen gefühlt, denn wir lieben Abstimmungskämpfe.»

Matthias Freivogel

«Die Frage ist vielleicht dumm, könnte aber gescheite Antworten provozieren.»

Autofahrer im Visier des Parlaments

Nur mit einer Stimme Unterschied hat es der Kantonsrat abgelehnt, die Autosteuern zu erhöhen. Vom Tisch ist das Thema noch nicht.

VON ZENO GEISSELER

Der Kanton Schaffhausen schreibt rote Zahlen, er muss seine Ausgaben senken – oder seine Einnahmen erhöhen. Um Letzteres ging es gestern im Kantonsrat bei einem Vorschlag von Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen), den er ganz zum Schluss der ersten Lesung des grossen Entlastungsprogramms ESH3 einbrachte: «Ich habe mich gewundert, dass das Gesetz über die Motorfahrzeugsteuern nicht einbezogen worden ist», sagte er lakonisch und legte dem Parlament eine Idee vor.

Freivogel sagte, dass das Gesetz mehr als vierzig Jahre alt sei, doch der Grundpreis pro Fahrzeug, 120 Franken, sei nie angepasst worden. «Hätte man den Grundpreis an die Entwicklung der Autopreise gekoppelt, dann müsste man heute pro Fahrzeug nicht 120 Franken bezahlen, sondern 370 Franken», rechnete Freivogel vor. Doch so weit wollte er nicht gehen. Er schlug vor, den Betrag um 30 Franken anzuheben. «Heute nehmen wir mit dem Grundpreis rund 5,16 Millionen Franken ein, wenn wir auf 150 Franken pro Fahrzeug gehen, dann bekommen wir 1,29 Millionen Franken mehr in die Kasse.» Es gehe ihm auch um die Opfersymmetrie, sagte Freivogel. Denn wegen ESH3 seien auch die Erleichterungen im Tarifverbund FlexTax abgeschafft worden (da geht es um 1,5 Millionen Franken).

Von Platz 2 auf Platz 3

Mehr als fraglich ist allerdings, ob die Autofahrer eine Erhöhung hinnehmen würden. Regierungsrat Reto Dubach erzählte, dass der Kanton schon zahlreiche Male versucht habe, die Fahrzeugsteuern zu erhöhen, doch alle Vorschläge seien vom Volk oder vom Parlament jeweils abgelehnt worden, zuletzt 2011. Er warnte deshalb, dass die Übung statt einer Verbesserung des Staatshaushaltes sogar eine Verschlechterung bringen könnte: dann nämlich, wenn aus einer kostspieligen Volksabstimmung bloss ein weiteres Nein hervorginge. Dennoch betonte der Baudirektor, dass die Regierung nicht gegen den Antrag sei – dies auch, weil Schaffhausen bei der Fahrzeugsteuer im nationalen Vergleich nach wie vor sehr tief liege. «Heute sind wir an zweitunterster Stelle, nur im Wallis bezahlt man noch weniger. Wenn wir jetzt eine Erhöhung vornehmen, wer-



Rund 43 000 Autos gibt es im Kanton. Für jedes hätte der Staat 30 Franken mehr erhalten sollen.

Bild Selwyn Hoffmann

den wir vom Thurgau überholt, wir sind aber immer noch an dritter Stelle. Auf dem Treppchen wären wir noch, eine Medaille wäre uns sicher.» Weil Autofahrer neben der Grundsteuer noch andere Abgaben leisteten, würden für ein Auto mit einem Zwei-Liter-Motor künftig 294 statt heute 264 Franken fällig, sagte Dubach.

Auf bürgerlicher Seite wurde Freivogels Idee nicht mit Begeisterung aufgenommen. Dies zum einen, weil der Vorschlag erst eingebracht worden war, nachdem die Beratung des Entlastungsprogramms eigentlich abgeschlossen war («Das ist Schindluderei!», sagte Christian Heydecker [FDP, Schaffhausen]), zum anderen, weil der Ansatz

falsch sei. Der Strassenverkehr sei mehr als kostendeckend, sagte Thomas Hurter (SVP, Schaffhausen): «Er bezahlt schweizweit heute 9,5 Milliarden Franken pro Jahr, doch nur ein Drittel davon ist tatsächlich für die Strasse.» Marcel Montanari (JFSH, Thayngen) ergänzte: «Wir wollen effizienter und besser werden für die Bürger. In diesem Zusammenhang einen Vorschlag zu bringen, von den Bürgern einfach mehr Geld zu nehmen, ist abzulehnen.» Heinz Rether (ÖBS, Thayngen) konterte: «Warum bist du dann nicht gegen Reduktionen der Beiträge an das FlexTax-Abo aufgestanden? Da wird den Bürgern auch Geld aus der Tasche gezogen.» Ein Ja zur Erhöhung sei ein wichtiges Zei-

chen, sagte Rether, denn: «Die Mehrheit in diesem Rat ist betroffen von einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer. Wenn Sie dem Vorschlag nicht zustimmen, dann sind Sie gegen ESH3.» Jürg Tanner (SP, Schaffhausen) sagte, dass die Erhöhung selbst für die SP nicht unumstritten sei: «Wir müssen auch über unseren eigenen Schatten springen. Die Erhöhung ist nicht sehr sozial, denn sie trifft alle gleichermassen, auch den armen Schlucker.» Der Betrag sei aber bescheiden, weshalb man zustimmen solle.

In der Abstimmung war das Resultat dann längst nicht so deutlich, wie man es sich angesichts der soliden bürgerlichen Mehrheit im Rat hätte denken können. Nur ganz knapp, mit 27 zu 26 Stimmen, wurde der Antrag Freivogels abgelehnt. Weil der Antrag mehr als 12 Stimmen erhielt, geht er in die Kommission und kommt in der zweiten Lesung von ESH3 nochmals aufs Tapet.

Bei der Pflege nicht sparen

Klar abgelehnt hat das Parlament gestern hingegen den Vorschlag der Regierung, die Kantonsbeiträge an die Altersbetreuungs- und Pflegekosten der Gemeinden von 50 Prozent auf 42 Prozent zu senken, was die Kantonskasse um rund 1,4 Millionen Franken entlastet hätte. Peter Neukomm (SP, Schaffhausen) stellte den Gegenantrag, den Verteilschlüssel unverändert zu belassen, was mit 35 zu 13 Stimmen deutlich gutgeheissen wurde.

ESH3 Nein zur Petition «Rückweisung der ESH3-Vorlage», Ja zur Kürzung der Sitzungsgelder

Nach der ersten Lesung der Sparvorlage ESH3 (siehe Artikel auf dieser Seite) behandelte der Kantonsrat gestern zwei weitere Vorlagen, die mit ESH3 in Beziehung stehen. Fast 1500 Personen hatten eine Petition unterschrieben, mit der sie den Rückzug von ESH3 und die Prüfung von anderen Sparmassnahmen sowie eine Steuererhöhung forderten. Markus Müller (SVP, Löhningen), Präsident der ESH3-Spezialkommission, ging kurz auf die Forderungen der Petition ein: Diese würden bereits erfüllt und gehörten zu den Daueraufträgen von

Regierung und Parlament. Mit dem Eintreten auf ESH3 habe die Kommission automatisch die Petition abgelehnt. Die Gründe für die Ablehnung würden den Petitionären in einem Brief dargelegt. Dem stimmte der Rat mit 38 zu 0 Stimmen zu.

Eine Mehrheit fand auch der Antrag des Kantonsratsbüros, die Sitzungsgelder pro Fraktionsmitglied von 6 auf 4 zu reduzieren und so jährlich 21 500 Franken einzusparen. Nach einer heftigen Diskussion zur Parteienfinanzierung stimmte der Rat mit 31 zu 21 Stimmen zu. (ek)

Kantonale Pensionskasse wird selbständig

Der Bund hat die Grundlagen für die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen neu geregelt. Deshalb braucht es ein Pensionskassengesetz, mit dessen Beratung der Kantonsrat gestern begonnen hat.

VON ERWIN KÜNZI

Die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen sollen rechtlich und organisatorisch verselbständigen und ihre Finanzierung neu festgelegt werden. So sieht es das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invali-

denvorsorge (BVG) vor, das am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist. Um den neuen Vorschriften des Bundes nachzukommen, braucht der Kanton Schaffhausen für die Kantonale Pensionskasse, in der rund 6600 Personen von 57 Arbeitgebern angeschlossen sind und die rund 3000 Renten auszahlt, ein Pensionskassengesetz.

Die Vorlage, die die Regierung dazu dem Kantonsrat unterbreitet hat, stiess sowohl in der vorberatenden Kommission als auch bei den Fraktionen auf ein gutes Echo. Die Kommission unter der Leitung von Urs Capaul (ÖBS, Schaffhausen) war einstimmig auf die Vorlage eingetreten. Sie begrüsse es, dass eine Vollkapitalisierung gewählt worden sei; so müsse der Kanton keine Staatsgarantie leisten, so Capaul. Die

Massnahmen, die zur Ausfinanzierung führen sollen, seien ausgewogen. Was die Verwaltungskommission der Pensionskasse angeht, soll diese aus je fünf Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber bestehen, wovon je einer ein Externer sein darf.

Leistungsfähigkeit gesichert

Die Fraktionssprecher bekannten sich zur Vorlage; die einen wie Patrick Strasser (SP, Neuhausen) fanden sie knapp genügend («Wir sind kritisch-positiv eingestellt, aber gegen jede Verschlechterung»), die anderen wie Andreas Gnädinger (SVP, Siblingen) «grosszügig gegenüber dem Staatspersonal». Und Lorenz Laich (FDP, Dörfingen) meinte, die Leistungsfähigkeit der Kasse könne mit der Vorlage zwar

nachhaltig gesichert werden, aber «wir sind aktuell meilenweit von einer soliden Schwankungsreserve entfernt».

In der Detailberatung beantragte Peter Neukomm (SP, Schaffhausen), die Regierung solle bei der Wahl der Arbeitgebervertreter auch die Grösse, also die Zahl der vertretenen Arbeitnehmer, berücksichtigen. Nachdem Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel erklärt hatte, das tue die Regierung ohnehin, wurde der Antrag Neukomm mit 32 zu 17 Stimmen abgelehnt. Die Mittel aus dem Indexfonds müssen zur Behebung der Unterdeckung der Kasse verwendet werden. Ein Antrag von Patrick Strasser, diesen Entscheid der Verwaltungskommission der Pensionskasse zu überlassen, wurde mit 33 zu 16 abgelehnt.